



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 20. März 2012

Bericht aus Berlin 6/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Die politische Lage befindet sich in einem dramatischen Wandel. Der Zerfallsprozess von Schwarz-Gelb hat sich noch einmal stark beschleunigt. Anfang des Jahres schien es noch so, als sei Schleswig-Holstein das einzige Land, in dem gewählt würde. Dann kam der Bruch der Jamaika-Koalition an der Saar, die zuletzt nur noch als „Fluch der Karibik“ galt, mit vorgezogenen Neuwahlen am 25. März. Schwarz-Gelb erweitert um Schwarz-Grün hat sich als gesteigertes Chaos und als potenzierte Verantwortungslosigkeit erwiesen. Vergangene Woche dann die besinnungslose Zockerei von Union und FDP um den Haushalt im Düsseldorfer Landtag, die von Hannelore Kraft konsequent mit Neuwahlen beantwortet wurde. Die FDP schlittert dabei in ihr eigenes Verderben. Sie ist drauf und dran, sich zu Tode zu taktieren und aus dem Landtag herauszufallen.

2012 ist zum Jahr der Entscheidungen geworden:

Drei Länder stehen vor Wahlen. Im Saarland wird die SPD mit Heiko Maas an der Spitze in Regierungsverantwortung zurückkehren. Wir kämpfen darum, stärkste Partei zu werden und den Ministerpräsidenten zu stellen. In Schleswig Holstein wollen wir am 6. Mai mit Torsten Albig als Ministerpräsidenten eine rot-grüne Mehrheit erringen. Die Chancen stehen gut, Schwarz-Gelb auch in Kiel abzuwählen.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mit offenem Visier und klarem Ziel geht die SPD in die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai. Hannelore Kraft soll Ministerpräsidentin bleiben, und Rot-Grün soll mit eigener Mehrheit weiterregieren. Im größten Bundesland, Herzkammer industrieller Leistungsfähigkeit und Heimat von fast 18 Millionen Menschen, entscheidet sich ein gutes Stück Zukunft für Deutschland. Hannelore Kraft hat in den zurückliegenden zwei Jahren neue Hoffnung vermittelt. Die Menschen haben Vertrauen in ihre Ministerpräsidentin. Rot-Grün hat gut regiert - stabil, seriös und sachorientiert. Schwarz-Gelb hingegen stand an Rhein und Ruhr für das Ausbluten der Kommunen, für Chancenungleichheit, Stillstand bei Bildung, für Klientelpolitik und für Schuldenmacherei. Schwarz-Gelb hatte für 2012 noch eine Neuverschuldung von sechs Milliarden Euro geplant. Jetzt liegt sie unter drei Milliarden. Rot-Grün hat die Studiengebühren abgeschafft, einen parteiübergreifenden Schulkonsens erreicht und den Kommunen mehr Geld gegeben. Es gibt viele gute Gründe, dass die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von den Bürgerinnen und Bürgern im Amt bestätigt wird.

Kein Wunder, dass ihr Herausforderer seinen eigenen Aussichten nicht traut und vorsichtshalber eine Rückfahrkarte nach Berlin behalten will. Norbert Röttgen kann sich bis heute nicht entscheiden, ob er auch bei einer Niederlage in Nordrhein-Westfalen bleibt. Er kann auch nicht sagen, welche Koalition er in Düsseldorf anstrebt und hält sich alles offen. Er hat in Berlin als Bundesumweltminister bei der Steuerung der Energiewende versagt. Als CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen war er abwesend. Nun wird er ein halbherziger Kandidat, der mit seiner Niederlage rechnet und mit einem Auge auf sein Amt in Berlin schießt. Das kann nichts werden.

Zum Wandel der politischen Lage gehören auch die Präsidentschaftswahlen in Frankreich, die nach einem ersten Wahlgang am 22. April voraussichtlich in der Stichwahl am 6. Mai entschieden werden. Francois Hollande von der Parti Socialiste liegt seit Monaten mit großem Abstand vor dem konservativen Präsidenten Sarkozy. Ein Machtwechsel in Frankreich ist wahrscheinlich. Umso schädlicher ist es, dass Angela Merkel aus ihrer Gegnerschaft zu Barack Obama vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2008 nichts gelernt hat und wieder einen aussichtsreichen Kandidaten schneidet, der kein Konservativer ist. Merkel schadet damit den deutschen Interessen. Sie schadet den deutsch-französischen Beziehungen und belastet die künftige europäische Politik. Merkels einseitige Parteinahme ist Spiegel einer unausgewogenen Politik. Die SPD unterstützt Francois Hollande in der richtigen Forderung, dass ein Europa, das tragfähige Staatsfinanzen erreichen will, neben Einsparungen auch Investitionen in neues Wachstum braucht.

Deshalb muss der Fiskalpakt, der ausschließlich auf Kürzungen und Einschnitte setzt, um Wachstumsimpulse ergänzt werden. Wir wollen eine Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft vornehmen und Europas Industrie erneuern. Dafür bedarf es auch neuer Einnahmen aus einer Besteuerung der Finanzmärkte zu. Genau dies bringen wir in den anstehenden Verhandlungen zur Ratifizierung des Fiskalpaktes in Deutschland zur Sprache. Dabei ist der Zeitplan, den die Bundesregierung vorgelegt hat, zu hinterfragen:

Klar ist, dass über das Schicksal des Fiskalpaktes in Europa vor den französischen Präsidentschaftswahlen nicht zu entscheiden ist.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Am Freitag, dem 23. März, ist Equal Pay Day.

Das ist der Tag, bis zu dem Frauen arbeiten müssen, um auf den Vorjahreslohn ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Unter dem Motto „Recht auf mehr!“ werden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wieder gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Deutschen Frauenrat ein Zeichen setzen für gleichen Lohn für Frauen und Männer.

Denn noch immer verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Bei der Kundgebung am Brandenburger Tor werden wir deutlich machen: Damit muss Schluss sein!

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Entscheidungslösung für die Organspende einführen

In Deutschland warten etwa 12.000 Menschen auf eine Organtransplantation. Obwohl ein Großteil der Bevölkerung zur Organspende bereit ist, dokumentieren nur wenige dies. Nach Initiativen von Frank-Walter Steinmeier konnten wir in einem Gruppen-Antrag mit Abgeordneten von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen die Forderung nach einer gesetzlichen Einführung der Entscheidungslösung erreichen. Bürgerinnen und Bürger werden damit aufgefordert, eine unabhängige und informierte Entscheidung zur Organ- und Gewebespende abzugeben. Krankenkassen und private Krankenversicherungsunternehmen sollen ihren Versicherten über 16 Jahre Informationsmaterial und Organspendeausweise zur Verfügung stellen und sie zu einer Erklärung auffordern. Sobald dies technisch möglich ist, kann die Erklärung auch auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert werden. Bund und Länder müssen bei der Ausgabe von Ausweisdokumenten Aufklärungsunterlagen und Organspendeausweise aushändigen. Ohne Erklärung entscheiden weiterhin die nächsten Angehörigen über eine Organspende nach dem Tod.

Entgeltgleichheit für Frauen und Männer durchsetzen

Deutschland hat sich 1997 mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags zu Entgeltgleichheit verpflichtet. Frauen erhalten jedoch immer noch 23 Prozent weniger Lohn als Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit. Weder das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, noch tarifliche Regelungen oder freiwillige Vereinbarungen der Wirtschaft haben diese Diskriminierung verhindert. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, einen Gesetzentwurf zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit vorzulegen. Unternehmen sollen regelmäßig Entgeltberichte erstellen. Betriebs- und Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte, Beschäftigte und Tarifparteien sind dabei einzubinden. Eine behördliche Stelle soll die Berichte prüfen und gegebenenfalls Lohnmessverfahren einleiten. Arbeitgeber werden dann verpflichtet, Entgeltungleichheit innerhalb einer bestimmten Frist zu beseitigen. Tarifvertragsparteien müssen die Entgeltgleichheit von Tarifverträgen



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

überprüfen. Zudem soll ein gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn eingeführt werden.

Ehegattennachzug reformieren

Seit 2007 müssen ausländische Ehegatten bereits vor ihrer Einreise nach Deutschland Deutschkenntnisse nachweisen. Dadurch sollen Zwangsehen verhindert werden. Bisher konnte allerdings nicht nachgewiesen werden, dass dies tatsächlich der Fall ist. Jedoch hindert diese Regelung viele Ehepartner daran, gemeinsam in Deutschland zu leben. Unser Gesetzentwurf sieht daher vor, die Regelung aufzuheben. Nachziehende Ehegatten müssen bei fehlenden Sprachkenntnissen aber weiterhin einen Integrationskurs in Deutschland besuchen.

Verbraucherpolitik neu ausrichten

Durch Liberalisierung und Privatisierung sind in den letzten Jahren viele neue Teilmärkte entstanden. Der selbstbestimmte Konsum von Verbraucherinnen und Verbrauchern wird dadurch erschwert. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine verbraucherpolitische Strategie vorzulegen. Sie soll auf einer realistischen Einschätzung basieren, wie Märkte funktionieren und Konsumententscheidungen getroffen werden. Die Bundesregierung muss ihr Leitbild vom „mündigen Verbraucher“ einem Realitätscheck unterziehen und verbraucherpolitische Maßnahmen auf die „realen Verbraucher“ ausrichten. Ein bloßes „Mehr“ an Informationen hilft den Menschen in ihrem Alltag nicht weiter. Stattdessen wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mit einem intelligenten Mix aus geeigneten Instrumenten wie Informationen, Geboten und Verboten oder Anreizen unterstützen. Mithilfe eines „Verbraucher-Checks“ sollen die Auswirkungen von Gesetzen auf Verbraucherinnen und Verbraucher geprüft werden. Schließlich soll die Verbraucherforschung ausgebaut und deren Ergebnisse in politische Entscheidungen einbezogen werden.



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Presse-Grosso gesetzlich verankern

Das Presse-Grosso ist ein flächendeckendes Vertriebssystem für Zeitungen und Zeitschriften. Es sichert die Vielfalt der Medienlandschaft. Gerichtsurteile des Bundesgerichtshofs und eines Landgerichts stellen das System nun in Frage. Dabei geht es um das Monopol der Grossisten und das Verhandlungsmandat ihres Bundesverbands mit den Verlagen. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, das Presse-Grosso gemeinsam mit den Ländern gesetzlich zu verankern. Grossisten müssen Handelsspannen über ihren Berufsverband aushandeln können. Die Einrichtung einer Schlichtungsstelle für Streitfragen zwischen Verlagen und Grossisten ist zu prüfen.

Freiwilligendienst „Weltwärts“ stärken

Der Freiwilligendienst „Weltwärts“ befördert das entwicklungspolitische Engagement junger Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Die Evaluierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) empfiehlt die Weiterentwicklung des Dienstes. Doch die Bundesregierung stellt seit 2010 weniger Mittel als vorgesehen für „Weltwärts“ bereit. Die Entsendeorganisationen mussten dadurch mehr Eigenmittel einsetzen. So konnten trotz steigender Bewerberzahlen weniger Jugendliche teilnehmen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Mittel für „Weltwärts“ zu erhöhen und seine langfristige Finanzierung sicher zu stellen. Die Empfehlungen der Evaluierung sind umzusetzen. Insbesondere müssen alle jungen Interessierten mit Schul- und Berufsausbildung einbezogen werden. Austauschmöglichkeiten mit ausländischen Partnerorganisationen sind zu prüfen.

Kinder- und Jugendtourismus fördern

Kinder- und Jugendreisen befördern die Persönlichkeitsentwicklung, Bildung und Integration junger Menschen. Vor allem Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien profitieren von ihnen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Aktionsplan „Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland“ von 2002 zu evaluieren und weiter zu entwickeln. Auch die



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundesländer sollen Aktionspläne erarbeiten. Jugendherbergen, Jugendbildungs- und begegnungsstätten sind mit ausreichenden Mitteln auszustatten. Die Bundesmittel für Kinder- und Jugendtourismus, Familienferienstätten und internationale Jugendarbeit müssen verstetigt werden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll sowohl Kompetenzen als auch Kommunikation mit den Trägern bündeln.

Verletzung europäischer Grundrechte in Ungarn thematisieren

Der grundlegende Umbau staatlicher Strukturen in Ungarn widerspricht den Grundwerten der Europäischen Union und der Charta der Grundrechte. Demokratische Gestaltungsmöglichkeiten werden eingeschränkt und die Rechte der Opposition untergraben. Zudem steht die Rechtsstaatlichkeit in Frage. Dies betrifft die Verfassung, das Mediengesetz, die Justizreform, und das Gesetz über Glaubensgemeinschaften. Auch die Schwächung sozialer Rechte und die Ausweitung so genannter Kardinalgesetze sind bedenklich. Sie schaffen Regelungen, die nur mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden können. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, gegenüber der ungarischen Regierung die Sorge um die Demokratie und die Vereinbarkeit der neuen Verfassung mit den Grundwerten der Europäischen Union auszudrücken. Ein unabhängiger Bericht soll prüfen, ob die Verfassung mit den Grundwerten und Grundrechten der EU zu vereinbaren ist. Die Europäische Kommission hat Verletzungen von EU-Recht offen zu benennen und Änderungen einzufordern.

Ungarisches Mediengesetz zurück nehmen

Die ungarische Regierung hat unter ihrem Ministerpräsidenten Viktor Orbán Ende 2010 ein neues Mediengesetz verabschiedet, das die Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit einschränkt. Dies ist ein Verstoß gegen die im Vertrag von Lissabon genannten Werte der EU und steht im Widerspruch zur Charta der Grundrechte. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, die ungarische Regierung zu einer Rücknahme des Mediengesetzes zu bewegen. Die Europäische Kommission soll das Gesetz



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

überprüfen und seine Neufassung fordern. Im Falle des fortgesetzten Verstoßes gegen europäisches Recht ist ein Vertragsverletzungsverfahren anzustreben. Die Bundesregierung muss erklären, dass die Einhaltung der europäischen Verträge zu den Grundpfeilern der EU gehört und eine Missachtung nicht toleriert werden kann.

Europäische Grundlagenforschung stärken

Die Europäische Union investiert mit dem Bau des „Internationalen Thermonuklearen Experimental-Reaktors“ (ITER) in ein Großprojekt der Grundlagenforschung. Dort besteht eine Finanzierungslücke, die hauptsächlich aus dem europäischen Forschungshaushalt gegenfinanziert werden soll. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, auf eine Erhöhung des europäischen Forschungsbudgets hinzuwirken. ITER darf nicht auf Kosten guter Institutionen und Projekte finanziert werden. Vor allem bei der Erforschung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz darf es keine Einschnitte geben. Die Finanzierung des Projekts durch privatwirtschaftliche Gelder muss geprüft werden. Dem Europäischen Forschungsrat dürfen durch den finanziellen Mehrbedarf von ITER keine finanziellen oder strukturellen Nachteile entstehen. Seine Arbeit soll zudem durch die Beseitigung administrativer Hürden erleichtert werden.

Investitionen in Antipersonenminen und Streumunition verbieten

Antipersonenminen und Streumunition treffen vor allem Zivilistinnen und Zivilisten. Sie gefährden die Bevölkerung lange nach ihrem Abwurf. Deutschland hat internationale Übereinkommen über das Verbot dieser Waffen unterzeichnet. Das Verbot muss auch Investitionen einschließen. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke fordern wir die Bundesregierung dazu auf, direkte und indirekte Investitionen und Finanzierung von Antipersonenminen und Streumunition gesetzlich zu verbieten. Dies betrifft die steuerliche Subventionierung von Finanzprodukten, die Geschäftspolitik von Banken mit öffentlicher Beteiligung sowie das angelegte Finanzvermögen des Staates und gemeinnütziger Stiftungen. Unternehmen, die Antipersonenminen oder Streumunition herstellen, dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten. Auch auf



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

europäischer und internationaler Ebene soll auf ein solches Verbot hingewirkt werden.

Internetkommunikation bei Auslandseinsätzen erleichtern

Soldatinnen und Soldaten sowie ihre Angehörigen können mithilfe von Kommunikationsmedien die Belastungen von Bundeswehreinsätzen besser bewältigen. In unserem interfraktionellen Antrag mit CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, die Internetkommunikation bei Bundeswehreinsätzen zu verbessern. Videotelefonie soll in allen Unterkunftsgebäuden möglich sein. Für die kostenfreie Nutzung des Internets sind ein Umsetzungskonzept und ein Finanzierungsvorschlag vonnöten. Soldatinnen und Soldaten sollen kostenfrei nach Deutschland telefonieren können.

Menschen mit Behinderungen in Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen

Etwa 80 Prozent der Menschen mit Behinderungen leben in Entwicklungsländern. Sie sind von vielen Lebens- und Arbeitsbereichen sowie medizinischen Dienstleistungen ausgeschlossen. In vielen Ländern werden ihre Menschenrechte verletzt. Die Bundesregierung hat ihre vor zwei Jahren angekündigte Strategie für inklusive Entwicklung bisher nicht vorgelegt. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die Belange von Menschen mit Behinderungen als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit zu verankern. Konkrete Ziele, Maßnahmen und die finanzielle Ausstattung müssen in einer Strategie festgelegt werden. Neue Vorhaben sollen darauf geprüft werden, ob sie die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessern. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen muss zum Förderkriterium und Evaluierungsstandard werden. Und schließlich sollen die Belange von Menschen mit Behinderungen in die Millenniumsentwicklungsziele integriert werden.